

Am 22. September wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Ein Politikwechsel ist angesagt! Wir überlassen die Diskussion über die Zukunft der Jungen Generation nicht den PolitikerInnen. Wir werden uns in diesen Wahlkampf aktiv mit einbringen. Die Forderungen der Jungen Generation werden laut und deutlich durch die jungen Wählerinnen und Wähler formuliert, um für einen Politikwechsel einzustehen.

Wir wollen eine soziale und arbeitnehmerfreundliche Politik für junge Menschen, die sich in den Parteiprogrammen, im Wahlkampf und in den Koalitionsverhandlungen sowie in der politischen Gestaltung wiederfindet. Mit sechs Forderungen werden wir auftreten und sie in die Betriebe, in die Schulen und Unis weitergeben.

### Ansage


- Für eine **bessere Ausbildung**
- Für **gute und sichere Beschäftigung**
- Für eine **gute Bildung**
- Für ein **soziales Europa**
- Für eine **solidarische Alterssicherung**
- Für eine **solidarische und offene Gesellschaft**

**JUGEND  
MACHT  
ANSAGEN**

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

Herausgeber: DGB Bundesvorstand – Bereich Jugend  
Umsetzung: BBGK Berliner Botschaft

## Für eine solidarische Alterssicherung


 In den letzten Jahren wurden das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente immer stärker gekürzt und gleichzeitig der Aufbau privater, kapitalgedeckter Vorsorge mit staatlichen Mitteln unterstützt. Doch das sinkende Leistungsniveau belastet auch die Jüngeren. Die Finanzkrise hat deutlich gezeigt: Die Privatisierung der Alterssicherung ist der falsche Weg. Gleichzeitig greift Erwerbsarmut immer mehr um sich. Der Niedriglohnsektor wächst, von Equal Pay sind wir weit entfernt – in der Leiharbeit ebenso wie zwischen Männern und Frauen –, und gerade junge Leute sind besonders oft von atypischer Beschäftigung betroffen. Doch Erwerbsarmut führt häufig auch zu Altersarmut. Und zu allem Überfluss sollen wir alle deutlich länger arbeiten. Doch die Rente mit 67 ist eine fatale sozialpolitische Fehlentscheidung, die dringend korrigiert werden muss. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden es nicht schaffen, so lange zu arbeiten. Wer aber nicht bis 67 durchhält, muss enorme Verluste hinnehmen. Das ist und bleibt ungerecht!

### Ansage

- Für eine armutsfeste solidarische Alterssicherung, für die Abschaffung der Rente mit 67
- Für die Sicherung des heutigen Rentenniveaus – Armut im Alter nach einem erfüllten Arbeitsleben muss ausgeschlossen werden
- Für den Aufbau einer Demografie-Reserve und einer nachhaltigen Rentenpolitik mit Perspektive
- Für abgesicherte, flexible Übergänge in die Rente – rentennahen Jahrgängen den Ausstieg aus dem Erwerbsleben erleichtern und so jungen Menschen Beschäftigungsperspektiven eröffnen
- Für eine paritätische Finanzierung der Alterssicherung und für eine Erwerbstätigenversicherung, in der alle arbeitenden Menschen solidarisch für das Alter abgesichert sind

**Wählen gehen für einen POLITIKWECHSEL!**

## Für eine solidarische und offene Gesellschaft

 Seit 1990 sind laut Amadeo Antonio Stiftung mehr als 180 Menschen durch neonazistische Gewalttaten ums Leben gekommen. Menschen, die nicht in das nazistische Weltbild passen, werden von den Nazis verfolgt, verprügelt, umgebracht. Die Nazis zünden Einrichtungen an. Sie sprechen Morddrohungen aus und führen ihre politischen Gegner in Hasslisten auf. Und sie schreiten zur Tat – auch bis zum Tod.

Nazis sind nicht nur in Parteien, sie sind mit ihrem Gedankengut längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Antifaschistisches Engagement fängt daher nicht am Wahltag an und hört auch nicht danach auf. Trotzdem ist es wichtig, Nazis und ihren SympathisantInnen am Wahltag die rote Karte zu zeigen. Keine Stimme für Nazis.

### Ansage

- Nazis keinen Raum für ihre Parolen, Vorurteile und Menschenverachtung lassen
- Nazis aktiv in den Weg stellen und nicht schweigend zuschauen, wenn sie marschieren, hetzen, Menschen angreifen.
- Keine Nazis in die Parlamente – für eine solidarische und offene Gesellschaft
- Umfassende Aufklärung des NSU-Skandals
- Für ein Verbot aller faschistischen Parteien und Organisationen
- Demokratie von Anfang an! Für eine umfangreiche Sanierung des Demokratieverständnisses in Schule, Betrieb, Hochschule und Politik

**Wählen gehen für einen POLITIKWECHSEL!**

**JUGEND  
MACHT  
ANSAGEN**

# DAS MUSS SICH ÄNDERN

**6 Ansagen für einen Politikwechsel.**



GEWERKSCHAFTSJUGEND IN BEWEGUNG





## Für eine bessere Ausbildung

Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten und fehlende Betreuung sind für viele Azubis Alltag. In vielen Branchen herrschen schlechte Ausbildungsbedingungen, und oftmals wird gegen klare gesetzliche Regelungen verstoßen. Durch Verstöße werden sowohl die Gesundheit als auch der Ausbildungserfolg der Azubis gefährdet.

Anstatt Unterstützungsmaßnahmen, ausbildungsbegleitende Hilfen und die Möglichkeit einer Verlängerung der Ausbildung für schwächere Azubis auszubauen, werden von Teilen der Politik verkürzte Ausbildungsgänge gefordert.

### Ansage

Die Ausbildungsqualität muss verbessert werden:

- Einhaltung und Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes
- Gut geschulte AusbilderInnen
- Ausbildung statt Ausbeutung
- Konsequente Kontrolle der Betriebe durch unabhängige Stellen – bei massiven Verstößen wirksame Sanktionen
- Ausreichende materielle und personelle Ausstattung der Berufsschulen
- Keine Schmalspurausbildung, weder durch Modularisierungen noch durch zweijährige Ausbildungsberufe, sondern Ausbau von Unterstützungsmaßnahmen für schwächere Auszubildende
- Eine umfassend qualifizierende, qualitativ hochwertige betriebliche Ausbildung für alle

**Wählen gehen für einen POLITIKWECHSEL!**

## Für gute und sichere Beschäftigung

Ca. 40 % der Azubis werden nicht von ihren Ausbildungsbetrieben übernommen. Lediglich 37 % der Beschäftigten unter 35 Jahren arbeiten unbefristet sowie ohne Zeitarbeit und beziehen dabei ein Bruttoeinkommen von mindestens 2.000 €. Über 50 % der Leihkräfte sind jünger als 35 Jahre. In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen erhalten fast 52 % einen Niedriglohn. Dauerbelastungen, Psycho-Stress und Druck im Job nehmen zu.

81 % der PraktikantInnen leisten vollwertige Erwerbsarbeit. Damit ersetzen Unternehmen durch Praktika geplante reguläre Beschäftigung. Die Hälfte aller Praktika, die noch nach einer Berufsausbildung oder einem Studium stattfinden, ist unbezahlt.

### Ansage

- Gesetzliche Regelungen zur Verhinderung des Missbrauchs von Praktika ( Dauer, Vergütung, Vertragsgestaltung, etc.)
- Regulierung Leiharbeit, gesetzliche Regelung zum Equal Pay, Begrenzung der Überlassungsdauer
- Unbefristete Übernahme von Azubis nach der Ausbildung
- Gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde

**Wählen gehen für einen POLITIKWECHSEL!**

## Für eine gute Bildung

Während Kinder aus Akademikerfamilien mit Beamtenstatus zu 84 % studieren, gilt dies nur für 17 % der Kinder aus ArbeitnehmerInnenfamilien: Ein Missverhältnis von fünf zu eins!

Gerade einmal 18,4 % bekommen im Durchschnitt 452 € monatlich BAföG. Im Jahr 1972 erhielten hingegen noch 44,6 und im Jahr 1992 noch immerhin 25,2 aller Studierenden BAföG. An Hochschulen fehlen mindestens hunderttausende Studienplätze, und das Betreuungsverhältnis ist miserabel. Im Durchschnitt werden 63 Studierende durch eine Professorin oder einen Professor betreut. Über 60 % der Studierenden kommen mit den Anforderungen und Belastungen nicht mehr alleine zurecht. Mit der Einführung der Bachelorstudiengänge stieg die Nachfrage in den psychologischen Beratungsstellen der Hochschulen um 20 % an.

### Ansage

- Mehr Geld für Bildung
- Studienbetreuung, -qualität und -zugang (auch für den Master) durch bessere finanzielle Ausstattung sichern
- Für bedarfsdeckende, elternunabhängige öffentliche Förderung von schulischer Ausbildung und Studium
- Abschaffung aller direkten und indirekten Studien- und Bildungsgebühren (auch Langzeit, Verwaltungs- und Rückmeldegebühren sowie Bildungskonten und Bildungsgutscheine)
- Bildungsfinanzierung und Verantwortung in öffentliche Hand: Sicherung der Grundfinanzierung, gegen marktförmige Mittelverteilung

**Wählen gehen für einen POLITIKWECHSEL!**

## Für ein soziales Europa

Die desaströse Sparpolitik spaltet Europa. In vielen europäischen Ländern leiden junge Menschen besonders unter den Auswirkungen der Schulden- und Wirtschaftskrise: Mindestens jeder fünfte Mensch in Europa unter 25 Jahren hat keine Arbeit. Allein in Spanien und Griechenland sind weit über 50 %, gefolgt von Portugal und Italien mit je 35,1 % und Irland mit 34,5 % erwerbslos. Knapp unter 30 % Jugendarbeitslosigkeit herrschen in Zypern, Bulgarien oder der Slowakei.

Junge Menschen in Europa brauchen sichere Zukunftsperspektiven. Der Einstieg in das Berufsleben ist hierbei von zentraler Bedeutung. Dies ist besonders wichtig, um an der Gesellschaft gleichberechtigt teilzuhaben. Egal wo in Europa!

### Ansage

- Für einheitliche Regelungen für die Mitbestimmung von Auszubildenden und jungen Beschäftigten auf europäischer Ebene sowie in weltweit tätigen Unternehmen und Konzernen (Bildung von europäischen Jugend- und Auszubildendenvertretungen)
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa durch ein EU-Programm zur Jugendbeschäftigung, das eine gute Ausbildung und Arbeit mit Perspektive für junge Menschen gewährleistet
- Europa sozial gestalten
- Für eine Harmonisierung der Steuer- und Finanzsysteme und die Einführung einer Kapitaltransfersteuer (Tobin-Tax)
- Für eine deutliche und dauerhafte Erhöhung des EU-Haushalts

**Wählen gehen für einen POLITIKWECHSEL!**